

Laibacher Zeitung.



Nr. 13.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 17. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 6 kr., 2mal 9 kr., 3mal 12 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1873.

Amtlicher Theil.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Jänner d. J. dem Ministerialrath im Handelsministerium Franz Charwát in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung tafrei den Titel und Rang eines Sectionschefs allergnädigst zu verleihen geruht. Banhans m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Wahlreform.

Ueber den Stand und Erfolg der bisherigen Verhandlungen in der Wahlreformfrage liegen uns die neuesten Journalstimmen vor:

Das „Fremdenblatt“ schreibt: „Die Verhandlungen der Minister mit den Abgeordneten haben die Wahlreform wesentlich gefördert. Es ist eine im hohen Grade erfolgverheißende Uebereinstimmung erzielt worden. Für jedes Kronland haben sich erfahrene, sachkundige Männer gefunden, die der Regierung bereitwillig mit Rath und That beistanden. Allerdings ist den Verfassungstreuen die ganze Arbeit zugefallen. Die Anhänger der Verfassung haben aber nicht einseitig Machtzwecke angestrebt, sie nahmen die Aufgabe ernst, ein Abgeordnetenhaus zu schaffen, in welchem alle berechtigten Interessen ihre Vertretung finden sollen.“

In officiösen Correspondenzen wird betont, daß bei dem engen Contact, in dem die Regierung mit Vertretern aller Kronländer und der Gesamtheit der Verfassungspartei gestanden, das Schwergewicht der noch zu gewärtigenden Verhandlungen in den Verfassungsausschuß, dem zweifellos die Wahlreform zur Berathung zugewiesen werden wird, gelegt werden kann. Eine rasche Erledigung der Vorlagen im Abgeordnetenhause empfehle sich schon aus Rücksicht für das Herrenhaus, dem zur reichlichen Berathung Zeit gelassen werden müsse. Das Herrenhaus will übrigens nach den Anschauungen hervorragender Mitglieder desselben seinen Einfluß nur in den prinzipiellen Punkten geltend machen, in den Details sich jedoch den Abmachungen der Regierung mit den Vertretern der einzelnen Kronländer anschließen.“

Die „Presse“ läßt sich vernehmen, wie folgt: „Die Föderalisten sind mislaunisch gestimmt. Die gesammte Action gegen die Wahlreform, der letzte Trumpf gegen das Ministerium und die Verfassungspartei, schrumpft alles in allem auf ein oder zwei Duzend Proteste und Adressen zusammen, wahrhaftig ein Resultat von beschämender Kläglichkeit angesichts der Großmäuligkeit, mit welcher die „Erhebung des Volkes“ angekündigt wurde. Die dicke Freundschaft der verschiedenen föderalistischen Partefractionen unter einander scheint auch schon bedenkliche Risse zu erleiden. Das hiesige Organ der Feudalen moquiert sich über die Slovenen und meint, es sei „wunderbar“, daß der Slovenenklub überhaupt noch die Frage der Reichsrathsbeschickung discutieren konnte. Des weiteren dementiert das Leo Thun'sche Organ eine Meldung seines deutschgeschriebenen Gesinnungsgenossen in Prag, indem es auf Grund verlässlicher Informationen versichert, die Dalmatiner werden wieder in den Reichsrath kommen und auch für die Wahlreform stimmen. In seiner Niedergeschlagenheit macht das „Vaterland“ ferner dem Ministerium das Compliment, es verstehe sich auf das Zustandebringen „dauerhafter Allianzen,“ doch die Polen seien noch nicht „würde“ gemacht. — Dem Polenklub soll es freigestellt werden, in den Galizien betreffenden Theil der Vorlage Einsicht zu nehmen, eventuell, gleich den Vertretern aus den übrigen Ländern seine Wünsche bekanntzugeben. Lehnen die Polen diesen entgegenkommenden Schritt, wie zu vermuten ist, ab, dann wird das Ministerium sofort die kaiserliche Ermächtigung zur Ueberreichung der Vorlage im Abgeordnetenhause ansuchen und die verfassungsmäßige Behandlung veranlassen. Alle diese Actionen werden in der kürzesten Frist abgethan sein, da weder die Regierung noch der Reichsrath unnütz die Zeit verlieren können. Sollte wider alles Erwarten von polnischer Seite der Antrag des Ministeriums angenommen werden, dann können die paar Tage Aufschub, der hiedurch eintreten würde, wohl nicht schwer ins Gewicht fallen gegenüber der veränderten Situation; doch, wie schon bemerkt, ist an einen solchen Frontwechsel in der Taktik der Polen ernstlich kaum zu glauben.“

Die „Bohemia“ meint: „Die Regierung muß auf das freie Votum des Parlaments in dieser Frage

einen zu hohen Werth legen, als daß sie demselben die Freiheit der Discussion irgendwie verkürzen wolle. Allein in den parlamentarischen Kreisen selbst glaubt man, daß bei dem engen Contact, in dem die Regierung mit Vertretern aller Kronländer und der Gesamtheit der Verfassungspartei gestanden, das Schwergewicht der noch zu gewärtigenden Verhandlungen in den Verfassungsausschuß, dem zweifellos die Wahlreform zur Berathung zugewiesen werden wird, gelegt werden kann. Sowie die materiellen Fragen schon jetzt, so werden dann auch die formellen, concreten Punkte des Entwurfs in einer Art engeren Comités der parlamentarischen Majorität, dem Verfassungsausschuße, erledigt werden, so daß eine Wiederaufnahme der zeitraubenden Specialanträge u. dgl. im Plenum von dieser Seite gewiß nicht zu besorgen sein wird. Ein schleppender Gang der Verhandlungen wäre nur geeignet, den wuchtigen Eindruck, den die Reform auf die verfassungseindlichen Parteien schon heute macht, zu verwischen, während eine rasche, von der ganzen Majorität getragene Annahme des Elaborates seinen moralischen Eindruck weitaus erhöhen würde.“

Der „deutsche Demokrat“ widmet der Action der föderalistisch-nationalen Partei in Oesterreich längere Beachtung; er schreibt Folgendes:

„Die innerösterreichische und kistenländische föderalistische Opposition, repräsentiert durch die Allianz zwischen den Katholisch-Conservativen, der sogenannten „Rechtspartei“, den Slovenen von Untersteiermark, dem kärntner Rosenthale, von Krain, Görz und Istrien und den Italienern der Küstengebiete — ist durch die erlittenen Niederlagen und die — man muß dies anerkennen! — nicht ungeschickten Beeinflussungen seitens der Regierung beinahe zersprengt. Sehr viel trug hierzu der weitklaffende Zwiespalt bei, welcher seit Jahren durch die Nationalen der genannten Kronlande geht und dieselben ebenso trennt wie die Czechen, so daß den Alt- und Jungslowenen nichts gemeinsam ist, als die nationale Phrase und der Haß gegen das Deutschtum. Vor einem Monat schon schien im Lager der Jung- oder liberalen Slovenen selbst dieser Widerwille in erfreulichster Weise zu schwinden; denn im steiermärkischen Landtage in welchem sonst noch immer die nationalen Abgeordneten des Unterlandes mit den Clericalen von Mittel- und Obersteier eine geschlossene Opposition gebildet hatten, stimmten in der letzten Session alle Nationalen, mit Ausnahme eines Einzigen (Herman), in den Schulfragen mit der deutsch-liberalen Majorität gegen die Katholisch-Conservativen.“

Im Landtage von Krain befehligte sich die nationale Majorität, welche früher durch die pöbelhafteste Rücksichtslosigkeit gegen die deutsche Minorität sich hervorthat, trotz oder vielleicht infolge der energischen Haltung des wackeren Landespräsidenten Grafen Alexander Auersperg eines sehr anständigen Benehmens. Dasselbe war offenbar von der Furcht dictiert, die Regierung könnte zur Auflösung des laibacher Landtages schreiten und es würde dann den Verfassungstreuen nicht zu schwer werden, eine deutschliberale Majorität zustande zu bringen.

Gegen Schluß der Session ging der Zwiespalt zwischen den Clericalen Alt- und den liberalen Jung-Slovenen so weit, daß bei der Abstimmung über die Gültigkeit der Wahlen der beiden verfassungstreuen Deputierten der Landeshauptstadt (darunter des Landeshauptmanns v. Kaltenegger) die Nationalen nur mit einer Stimme Majorität die Zurückverweisung der Wahlan gelegenheit an den Ausschuß durchsetzten, nachdem die Führer der Jung-Slovenen Razlag und Svetec für die Verificierung gesprochen hatten; — daß ferner die von Bleweis und Costa eingebrachte höchst unbeschweidende föderalistische Adresse wieder nur mit zwei Stimmen Mehrheit beschlossen wurde, nachdem die vorgenannten Jungslowenen sich gegen dieselbe erklärt und zwei andere Nationale sich der Abstimmung entzogen hatten; — und daß endlich bei der Ergänzungswahl in den Reichsrath Costa nur mit einer Stimme siegte. Die deutsche Minorität ratificierte das Entgegenkommen der liberalen Slovenen dadurch, daß sie für den Führer derselben, Razlag, stimmte.

Diese rasch aufeinanderfolgenden moralischen Niederlagen des Föderalismus in Steiermark und Krain lassen sich nur dadurch erklären, daß die Bevölkerung nicht nur nicht das Bedürfnis einer nationalen Autonomie in der Form eines „Königreichs Slovenien“ hat, sondern auch dafür gar kein Verständnis besitzt. Nicht unwesentlich hat zur Schwächung der föderalistischen Interessen in den von Winden bewohnten Kronländern das

höchst unanständige, würdelose und fanatische Benehmen der Geistlichkeit beigetragen, so daß schon viele windische Bauernschaften in offenem Kampfe mit ihren Pfarrern und Kaplanen liegen. Wie wenig endlich die neue „slovenische Rationalität“ zu bedeuten hat, ergibt sich aus dem geradezu komischen Umstande, daß die windische Landbevölkerung die deutsche Amtssprache der neuen „slovenischen“ vorzieht und die noch jüngst die Winden von Kärnten um deutsche Schulbücher petitionierten, da ihnen die in der neu erfundenen slovenischen Sprache erschienenen unverständlich wären. Einer Regierung also, die es ernsthaft mit dem Deutschtum und dem davon unzertrennlichen Liberalismus nimmt, könnte es gar nicht schwer werden, die slavische Bevölkerung Innerösterreichs und der Küstenlande für immer den föderalistischen Intriguen zu entziehen und für den unbedingten vernünftig centralisirten Verfassungsstaat zu gewinnen. Schon vor vielen Monaten ist es auch in der That dem Ministerium Auersperg-Unger gelungen, die Reichsrathsabgeordneten von Görz, Istrien, Triest und Dalmatien der Wahlreform einigermaßen freundlich zu stimmen. Die Folge war, daß die Deutschenhege in den drei erstgenannten Kronländern eine Pause machte und nur die ultramontanen Einflüsse unverföhlich blieben.

In Görz hatten u. a. die Nationalen des Landtages schon längst ihre Solidarität mit denen der laibacher Landstube aufgegeben, zumal für sie die Befürchtung nahe lag, daß die einstuhrreichen italienischen Elemente in den Städten sich zugunsten der Verfassungstreuen, wie in Welschtirolo und früher in Dalmatien, geltend machten. Dies letztere Kronland und dessen Stellung zu Sieleithanien und zum Ausbau der Verfassung beansprucht sein eigenes Capitel, welches wir ihm demnächst widmen wollen. Bemerk sei hier nur noch, daß der verfassungstreue Umschwung des dalmatinischen Landtages, hauptsächlich veranlaßt durch den Compromiß, welches die Reichsraths-Deputation des Landes mit dem Ministerium schon bei Gelegenheit des Nothwahlgesetzes abgeschlossen hatte, so weit ging, daß die bisher regierungsfreundliche, aus den Städten sich recrutierende italienische Minorität sich ganz und gar dem Uebelwollen der Nationalen seitens der Regierung preisgegeben sah. Das Ministerium machte Aufsatzen, für die schweren 50jährigen Unterlassungsfällen, welche Oesterreich an dem so kostbaren und wichtigen dalmatinischen Küstenlande begangen hatte, die ausschweifendste Buße zu thun, d. h. die nationalen Forderungen zu gewähren, Eisenbahnen zu bauen, die Narentasümpfe auszutrocknen u. s. w.“

Zur Beamtengehalts-Regulierung.

Der allgemeine Beamtenverein der österreichisch-ungarischen Monarchie hat vor Jahresfrist die Frage in Betreff der Regelung und Erhöhung der Gehalte und Bezüge der Staatsdiener angeregt, in die Hand genommen und sodann der kaiserlichen Regierung so wie dem Reichsrathe eine motivierte Denkschrift überreicht. Diese Schritte haben bereits eine theilweise Erledigung gefunden durch die Einbringung einer bezüglichen Regierungsvorlage im österreichischen Abgeordnetenhause.

In Betreff der erwähnten Regierungsvorlage erhält die „Grazer Ztg.“ aus Wien unterm 13. d. M. nachstehende Mittheilung: „Die Regierungsvorlage gibt vor allem Zeugnis von der Absicht der k. Regierung, die materielle Lage der Staatsbeamten zu verbessern und deren Stellung auf jene rationellen und gerechten Prinzipien zu stellen, welche in der Denkschrift des Beamtenvereins entwickelt und empfohlen worden sind. Für diese weise Absicht verdient die k. Regierung alle Anerkennung, und dies umso mehr, als in der Regierungsvorlage die Hauptmomente der Vorschläge des Beamtenvereins theilweise Berücksichtigung und Anwendung gefunden haben. Wir sagen theilweise Berücksichtigung und Anwendung, hoffen jedoch, daß auch der weitere Theil der Vorschläge des Beamtenvereins, ohne welche die ganze große Maßregel in ihrer Durchführung zur Illusion würde, bei der Behandlung des Gesetzentwurfes in den beiden Häusern des Reichsraths die im Interesse des Ganzen gebotene volle Berücksichtigung finden werde.“

Die Sache der österr. Beamenschaft liegt nun in den Händen der Reichsvertretung und es kann dem Beamtenstande nur zur Befriedigung gereichen, daß sein Vertretungsorgan, nämlich der allgemeine Beamtenverein, den Impuls und zugleich die Grundlage zu der durch die Regierungsvorlage angebahnten Verbesserung der Beamtenlage gegeben hat.

Mit der Regierungsvorlage ist dem Beamtenvereine ein Terrain eröffnet, von dem aus derselbe seine vermittelnde Action zu beginnen, die weiteren Ziele anzustreben und dahin zu wirken vermag, damit die Mängel der Regierungsvorlage verbessert werden.

Das Actionscomité des Verwaltungsrathes des österr. Beamtenvereins hat die Regierungsvorlage einer reiflichen Erwägung und eingehenden Prüfung unterzogen und es nicht unterlassen, sich die Frage zu beantworten, welche Stellung ihm als anerkannten und beachtenswerthen Factor und Vertreter der Beamtenchaft der Regierungsvorlage gegenüber zu nehmen gebühre und welche die weiteren Schritte seien, die zu einem günstigen Resultate und zur vollständigen Erreichung der vorgestreckten Ziele zu führen geeignet sind.

Von diesem Gesichtspunkte aus finden wir den Pessimismus, der in Beamtenkreisen aus Anlaß der in der Regierungsvorlage wahrgenommenen Mängel oder Unterlassungen um sich greift, nicht gerechtfertigt und glauben denselben als einen vorzeitigen bezeichnen zu können.

Zur Beruhigung weiterer Kreise jedoch, die bei der Sache interessiert sind, theilen wir mit, daß das Actionscomité des Verwaltungsrathes in seinen Berathungen zu dem Beschlusse gelangt ist, daß in Angelegenheit der Rang- und Gehaltsregulierung an den Vorschlägen der mit allseitigem Beifalle aufgenommenen Denkschrift vom Jänner 1872 festzuhalten und in einer neuerlichen Eingabe an die Staatsregierung und den Reichsrath diejenigen Momente zur Geltung zu bringen seien, welche in der Regierungsvorlage entweder ganz unbeachtet geblieben oder in einer für die Interessen der Beamtenchaft abträglichen Weise modificiert worden sind.

Als Hauptpetita dieser Vorstellung werden von dem Organe des allgemeinen österreichisch-ungarischen Beamtenvereines bezeichnet:

1. Erhöhung der Gehalte in der eilften inclusive siebenten Rangklasse und Annahme der beiden ersten in der Denkschrift beantragten Gehaltskategorien.
2. Normierung der Altersvorrückung nach dem Triennium in der zehnten inclusive achten Rangklasse und dem Quadriennium in der siebenten inclusive fünften Rangklasse.
3. Festsetzung der Minimaldienstzeit für die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen in der X. und XI. Ranaklasse mit 5 Jahren, in der VIII. Rangklasse mit 10 Jahren, in der VII. und VI. mit 15 und in der V. mit 20 Jahren.
4. Allgemeine Einführung der Alterszulagen.
5. Einbeziehung der Quartiergelder, Activitätszulagen in die Pensionsberechnung und Befreiung jeder Altersgrenze für den Staatsdienst.
6. Periodische Revision und Festsetzung der Activitätszulagen im Verhältnisse zu den jeweiligen Mietzinsen.
7. Einbeziehung des Lehrerstandes in die allgemeine und einheitliche Gehaltsregulierung.
8. Auflassung der Carenttagen und Mitwirkung des Beamtenstandes bei der Verwaltung des Pensionsfondes."

Zum Ministerwechsel in Preußen

bringt die „Kön. Ztg.“ Aufklärungen und Mittheilungen, die wir zur Kenntniss nehmen wollen. Das genannte Blatt schreibt:

„Als im Herbst vorigen Jahres an das Herrenhaus abermals die Verathung der Kreisordnung herantrat, hatte sich nicht nur der Minister des Innern, Graf Eulenburg, sondern auch der Souverän selbst mit dieser Vorlage durchaus identifiziert. Schon im Februar 1872 hatte sich ein Ministerialbeschuß angeichts der Stimmung der ersten Kammer prinzipiell mit der Idee einer Herrenhausreform in Einklang gesetzt, allerdings von dem Grundgedanken ausgehend, daß eine solche Reform lediglich im Sinne eines „Conseil d'Etat“, nicht aber in dem einer englischen wirklichen Pairskammer zu geschehen habe. Die liberalen Parteien verhielten sich ziemlich kühl zu der angedeuteten Reformausicht, da ihnen vor allem an der kraftvollen Durchführung der Kreisordnung gelegen schien. Anders der leitende Staatsmann. Er huldigte der Ansicht, „daß, wenn man einen Louisd'or (die Herrenhaus-Reform) erst überhaupt besitze, man sehr leicht einen Thaler (die Kreisordnung) eingewechselt bekomme.“ Darum, als das Herrenhaus im Herbst sich abermals renitent erwies, war man in Barzin schlechterdings nicht ganz unzufrieden mit dieser Haltung, ohne sich deshalb sehr für den Pairsschub zu erwärmen. Man wollte eben mehr. Daher jene Winke einzelner Herrenhausmitglieder, welche zu verstehen gaben, daß der auf Urlaub befindliche Fürst durchaus nicht für die Kreisordnung schwärme. In der That scheint es, daß der damalige preussische Minister-Präsident gegen eine Amendierung des Kreisordnungs-Entwurfs im Sinne des Herrenhauses nichts einzuwenden hatte. Man weiß, daß diese Absicht durchkreuzt wurde, und zwar durch den Pairsschub. Letztere Maßregel war von Barzin aus durch ein schriftliches Votum, welches für sofortige Herrenhausreform eintrat, bekämpft worden, und diesem Votum hatte sich Graf Roon, als einziges unter allen Cabinets-Mitgliedern, angeschlossen. Graf Eulenburg siegte mit der ministeriellen Majorität im Cabinet, indes der Souverän gleichzeitig von den Winken Kenntniss erhielt, welche an einige Herrenhaus-Mitglieder, betreffend eine eventuelle Amendierung der Kreisordnungs-Vorlage, eingelaufen waren. Fürst Bismarck und Graf Roon waren also vereint in der Minorität geblieben, indessen der erstere vor der Welt als Minister-Präsident noch immer für den Träger einer Politik galt, die er im Schoße des Cabinets so nachdrücklich bekämpft hatte. Dies war wenig nach dem Geschmacke des Reichskanzlers, der darin auf neue einen Beweis für die Unzuträglichkeiten sah, welche das in Preußen übliche „Collegialsystem“ des Minister-raths nach sich zog. Als an höchster Stelle, immer noch unter dem Einbruche der Mahnungen an das Herrenhaus, die Kreisordnung zu amendieren, die Thatfache bekannt wurde, daß unter den obwaltenden Umständen der bisherige Minister-Präsident nicht mehr geneigt sei, sich als Präsident majorisieren und sich eine Politik zuschreiben zu lassen, die nicht die seinige, mußte zuerst die Frage herantreten, was wohl am geeignetsten erscheine, die entstehende Lücke auszufüllen. Der Sieger im letzten parlamentarischen Kampfe, der schon einmal im Laufe dieses Jahres zu ähnlicher Stellung ausersehen worden war, Graf Eulenburg, mußte da naturgemäß der königlichen Entscheidung sehr nahe stehen. Indes es blieb bei-

nen Augenblick zweifelhaft, daß unter diesem Minister-Präsidenten, der im Conseil soeben über den Fürsten Bismarck in der Pairsschubfrage den Sieg davongetragen, eine fernere Betheiligung des Ministers des Innern an den specifisch preussischen Angelegenheiten nicht zu erwarten sei. Etwas anderes war es mit dem Grafen Roon, der ebenfalls, weil er überstimmt worden war, seine Entlassung gegeben hatte, von dem aber sich zu trennen dem Herzen des Monarchen überaus schwer fiel. Wurde er als Nachfolger ins Minister-Präsidium berufen, so constatirte diese Sache durchaus keine Verleugnung des Bismarck'schen Standpunktes in der Herrenhaus-Reform durch den König, da Graf Roon und Fürst Bismarck in dieser Sache Hand in Hand gegangen waren. Beide Männer, seit Jahren durch persönliche Beziehungen eng verbunden, verständigten sich rasch. In der Herrenhausfrage gingen beide bereits eng geschlossen zusammen. Die Vorlage wegen der Civilehe mußte ohne näheres Eingehen zurückgelegt werden, weil man noch nicht im klaren war, welche Compensation der evangelischen Geistlichkeit für die entfallenden Frau- und Stolzgebühren anzubieten sei. Auf der anderen Seite war der Reichskanzler imstande, seine Unterstützung für die eventuell zu erhöhenden Forderungen für das Reichs-Militärbudget dem Reichstag gegenüber zuzusagen; kurz, es kam eine Verständigung zustande, welche einen Theil des Bismarck'schen ursprünglichen Programms sofort verwirklichte und einen anderen Theil, ohne Präjudiz, für die Zukunft aufbehielt. Alle diese Dinge gingen freilich ohne Reibung und ohne Verletzung von mehr oder weniger berechtigter Eigenliebe ab — aber aus ihrer Entwicklung das Vorwalten rückschrittlicher Strebungen herausdeuteln zu wollen, dazu ist kein Grund vorhanden.“

Reformen in Frankreich.

Pariser Blättern entnehmen wir ein der drohenden Faschingszeit entproffenes Project zur Aenderung der französischen Verfassung. Den bezüglichen Verfassungsentwurf trägt ein sicherer Graf Chambrun in der Tasche. Der Entwurf weist dem Präsidenten der Republik in elf Artikeln folgende Stellung an:

„Art. 1. Der Präsident der Republik wird auf vier Jahre gewählt; er ist wiederwählbar. Art. 2. Die Regierungsgewalt wird ausgeübt durch die Zusammenwirkung des Präsidenten, der Minister, des Oberhauses, der Deputiertenkammer und des Staatsrathes. Art. 3. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinsam von dem Präsidenten, dem Oberhaus und der Deputiertenkammer ausgeübt. Art. 4. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Präsidenten, dem Oberhaus und der Deputiertenkammer zu. Art. 5. Der Präsident ist vor den Kammern verantwortlich. Wenn die Präsidentenwürde durch den Tod, freiwilligen Rücktritt oder sonstwie (offenbar ein Euphemismus für Absetzung, die ja eine Consequenz der Verantwortlichkeit ist) erledigt wird, so schreiten die Kammern zur Präsidentenwahl. Art. 6. Der Präsident ist das Oberhaupt des Staates. Er verfügt über die Land- und Seemacht, schließt die Handelsverträge ab, ernennt alle Beamten, erläßt alle zur Ausführung der Gesetze nöthigen Reglements und Verordnungen. Art. 7. In seinem Namen wird Recht gesprochen. Die richterlichen Beamten bleiben unabsehbar. Art. 8. Der Präsident hat das Recht, Gnade zu üben. Amnestien können nur

Feuilleton.

Blut um Blut

oder:

Die Regimenter Piemont und Auvergne.

Novelle von Rudolph Müldener.

(Fortsetzung.)

„Aber so steh doch auf!“ rief der Graf, „du ver-spätest dich ja! Die Compagnien treten schon an und in zehn Minuten wird man abmarschieren.“

Der Chevalier sprang in die Höhe, rief sich die Augen und sah zu seinem Schrecken, daß sein Freund vollkommen recht hatte. So schnell hatte er in seinem Leben noch nicht Toilette gemacht als diesmal. Gepackt war schon am Abend vorher; nach zehn Minuten war demnach d'Acigny zum Abmarsche bereit, der auch, gleichsam als hätte man nur noch auf ihn gewartet, sofort erfolgte.

Das Wetter begünstigte den Marsch. Es war ein frischer, sonniger Morgen; eine angenehme Kühle wehte durch die Reihen der Soldaten und die Erde war thaubenezt, so daß kein lästiger Staub die Colonne genierte, die im raumgewinnenden Feldschritte sich wie eine Riesenschlange zwischen den Pappelbäumen der Alee fortwand.

Nachdem ungefähr eine halbe Stunde Weges zurückgelegt war, blieb der Chevalier, der die erste Compagnie commandierte und infolge dessen vorausmarschierte, stehen und ließ zwei Compagnien an sich vorüber, um sich sodann seinem Freunde de Courmel anzuschließen.

„Nun, mein Lieber,“ rief ihm de Courmel entgegen, „erzähle, aus welcher süßem Traume habe ich dich denn geweckt, als du noch gar nicht ans Aufstehen dachtest?“

„Ich erinnere mich nie an Träume,“ erwiderte der

Chevalier. „Aber alle Teufel! Was seh ich?“ unterbrach er sich plötzlich. „Sieh doch nur?“

de Courmel wandte seinen Blick nach der Richtung, in der sein Freund mit der Finger deutete, und sah zu seiner Ueberraschung den Pudel der Zigeunerin, der ganz gravitatisch neben einem Grenadier einerschritt und sich von Zeit zu Zeit umfah, als wollte er sich überzeugen, ob ihm seine Herrin nachkomme.

„Zumela muß mit dabei sein!“ rief der Chevalier, und in der That erblickte er zwanzig Schritte weiter zurück die kleine Zigeunerin, die leichtfüßig und doch fest zwischen zwei Reihen Soldaten auf der Mitte der Straße dahin marschierte.

Der Graf ärgerte sich über den Ungehorsam des jungen Mädchens. Er hatte ihr so ausdrücklich verboten, dem Regimente zu folgen, und nun war sie doch da!

Er blieb stehen und wartete, bis ihm Zumela näher kam, dann ließ er sie ziemlich scharf an, indem er sie fragte, was sie hier schon wieder zu suchen habe.

„O, zürnt mir nicht, mein gnädiger Herr,“ erwiderte Zumela im zaghaften Tone eines Kindes, welches auf einem Fehler ertappt wird. „Ich weiß, daß es unrecht von mir ist, aber ich konnte nicht anders. Es zog mich unwiderstehlich her.“

„Unwiderstehlich? Weil du nicht widerstehen wolltest,“ zankte de Courmel, „und das war unrecht, sehr unrecht von dir.“

Zumela sah den jungen Mann mit einem so bit-tenden Ausdruck an, daß sich seine Strenge bedeutend milderte.

„Laß sehen, mein Kind,“ sagte er etwas sanfter, „was willst du denn eigentlich hier? Du kannst doch dem Regimente unmöglich folgen, als wäre von hier bis Köln nur ein einfacher Spaziergang. Der Marsch wäre für dich zu anstrengend.“

„Die Zigeunerinnen sind an große Märsche gewöhnt; sie sind gut zu Fuß,“ entgegnete Zumela.

„Was das anbelangt,“ bestätigte einer von den Grenadieren, der nebenher ging, „so sagt sie die Wahrheit. Ich sah sie gestern von Kassel nach Corbach neben uns hergehen. Sie war frisch auf dem Zeuge vom ersten bis zum letzten Schritte.“

„Ach, schicken Sie mich nicht zurück, gnädiger Herr!“ flehte Zumela; „ich werde ja niemandem zur Last fallen.“

„Halten zu Gnaden, mein Capitän,“ nahm der Grenadier wieder das Wort, der schon einmal zugunsten des Mädchens das Wort ergriffen hatte, „man könnte sie ja statt der Margot, die uns desertiert ist, als Marktentenderin annehmen. Die Kleine ist lebhaft und gutmüthig, und ihr Pudel ist das drolligste Thier von der Welt.“

Ein beistimmendes Gemurmel aller, die diesen Vorschlag mit anhörten, ließ erkennen, welche Sympathien Zumela sich bereits erworben hatte.

„Worbleu! La Mitraille hat recht!“ rief d'Acigny. „Wie ihr das gallonierte Hütchen mit der Feder stehen wird, und die Weste erst in den Farben von Auvergne! Meiner Treu, ich sorge für die Equipierung!“

„Daß du für sie das Wort redest, kann ich mir denken,“ entgegnete der Graf ärgerlich. „Sie ist zu jung. Was soll aus einem Mädchen von ihren Jahren mitten unter Soldaten werden?“

„O, Zumela ist stark,“ erwiderte die Zigeunerin. „Zumela fürchtet sich nicht, dies hat sie schon mehr als einmal bewiesen.“

Während dieser Debatte waren noch andere Offiziere herangekommen, unter ihnen auch Doktor Papillon, der schon auf eine Entfernung von zehn Schritten laut sein Erstaunen über die wunderbare Schönheit Zumelas ausdrückte.

durch ein Gesetz gewährt werden. Art. 9. Handelsverträge erlangen erst mit ihrer Genehmigung durch die Kammern definitiven Charakter. Art. 10. Der Präsident fungiert und verkündet die Gesetze. Art. 11. Er ernennet die Minister und setzt sie ab. Die Minister berathen unter seinem Vorsitze. Sie sind solidarisch verantwortlich."

Politische Uebersicht.

Laibach, 16. Jänner.

Der gemeinsame Kriegminister hat, wie „P. N.“ vernimmt, jene Enquete-Commission einberufen, welche in Angelegenheit der Heeresausrüstung von der Delegation beschlossen wurde. Ungarischerseits wurden zu dieser Commission eingeladen: Alex. Dujanovics, Graf Julius Szapary, Graf Ferdinand Zichy und ein Vertreter des Handelsministeriums, als welcher wahrscheinlich Sectionsrath Rozma entsendet wird. — Die Berathungen der Regierungs-Commissäre bezüglich der Dankfrage haben am 15. d. M. begonnen.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Die bevorstehenden Ernennungen in verschiedenen hohen preussischen Staatsämtern werden ein vortrefflicher Prüfstein für den Geist sein, der im preussischen Ministerium herrscht, sowie für die Macht, die es hat, anderweitige im Dunkeln schleichende Einwirkungen matt zu setzen. Das Abgeordnetenhaus kann endlich verlangen, daß bei so wichtigen Staatshandlungen, auch wenn der Buchstabe der Verfassung ihm keine Mitwirkung dabei zuspricht, der in ihm herrschende politische Geist nicht ganz ignoriert werde und daß die Gewohnheit anfangs, die Lücken des geschriebenen Rechtes zu ersetzen. — Die Conferenzen der deutschen Justizminister über die Reichs-Justizgesetzgebung werden im Februar wieder beginnen. Inzwischen wird der Entwurf einer Gerichts-Organisation im preussischen Justizministerium fertiggestellt sein, an welchem der geheime Oberjustizrath Dr. Förster, und zwar ohne Unterstützung außerpreussischer Commissäre, wovon früher die Rede war, eifrig arbeitet.

In der am 14. d. stattgefundenen Sitzung des Dreifiger-Ausschusses verlas Pary den Entwurf des Subcomités, welcher die bekannt gewordenen Meldungen über die Bedingungen der Anwesenheit Thiers' in der Nationalversammlung und über das Recht zur Ausübung eines suspensiven Vetos bestätigt. Der Entwurf bestimmt ferner, daß nach dem Auseinandergehen der gegenwärtigen Nationalversammlung die gesetzgebende Gewalt durch zwei Kammern ausgeübt werde, und wird der Ausschuss beauftragt, eine Vorlage bezüglich der zu bildenden zweiten Kammer vorzubereiten. Präsident Thiers gibt in längerer Auseinandersetzung wiederholt den Anschauungen Ausdruck, welche er bereits im Subcomité dargelegt. Er besteht auf seinem Wunsche nach Veröhnung, welche im Interesse des Landes und für die Vollendung der Befreiung des Territoriums geboten erscheint. Thiers erklärt, den Gesetzentwurf anzunehmen, jedoch mit einigen Vorbehalten, die er dem Ausschusse darlegt. Er hält die Frist für die Ausübung des Vetos für gang unzureichend und schlägt anstatt einer einmonatlichen eine Frist von vier Monaten vor. Er protestiert gegen die Formalität, es der National-Versammlung jedesmal durch Botschaft bekanntgeben zu sollen, wenn er sprechen wolle, sowie gegen die Verpflichtung,

In sein etwas verbes Lob stimmten auch die anderen ein; kurz der Enthusiasmus wurde allgemein, und als man hörte, um was es sich handle, daß nämlich Jumela bleiben, Capitän de Pourmel dies aber nicht dulden wolle, da erhob sich ein solcher Sturm gegen den Grafen, daß niemand mehr sein eigenes Wort verstand.

Nur so viel war zu entnehmen, daß der Vorschlag, Jumela als Marketenderin dem Regimente einzuverleiben, mit größtem Beifalle aufgenommen wurde.

Der Graf sah ein, daß er nicht mehr gegen den Strom schwimmen könne; ohnedies war er eigentlich zu einer ablehnenden Entscheidung in dieser Sache nicht berechtigt, und wenn er sich bisher gegen die Aufnahme Jumelas erklärt hatte, so war dies hauptsächlich aus uneigennütziger edelmüthiger Theilnahme für Jumelas Jugend und in der löblichen Ansicht geschahen, Gefahren von ihr abzuwenden, die sie selbst noch gar nicht kannte.

Wahr im Tone des Bedauerns, als mit Unwillen wandte der Graf sich nun an die Zigeunerin. „Wenn es dich später reuen wird,“ sagte er sehr ernst, „so kannst du wenigstens nicht behaupten, daß ich dich nicht gewarnt habe.“ „Bah, man wird sie respectieren,“ versicherte der Grenadier La Mitraille. „Jedenfalls,“ fügte er befriedigt hinzu, „kann Auergerne sich jetzt rühmen, die schönste Marketenderin zu haben. Piemont wird vor Reid darüber bersten.“

Diese Bemerkung schnitt alle weiteren Einwände ab. Mit großer Acclamation und zur ganz besonderen Freude des Oberleiters wurde Jumela vorläufig ermächtigt, mit Auvergne nach Köln zu marschieren, wo sie sodann formell als Marketenderin in die Listen eingetragen und in die Farben des Regiments gekleidet werden sollte.

(Fortsetzung folgt.)

die National-Versammlung, nachdem er gesprochen, zu verlassen. Er wünscht im Falle einer Interpellation in die National-Versammlung kommen zu können, und verlangt, daß die zweite Kammer mindestens zwei Monate vor Auflösung der National-Versammlung constituirt und die derzeitige Exekutivgewalt auf sechs Wochen nach Auflösung der gegenwärtigen National-Versammlung verlängert werde.

Die „Times“ bespricht die Angelegenheit von Central-Asien und sagt: „Der Feldzug der Russen wird mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, aber Rußland wird schließlich siegen. Welche auch die Absichten Rußlands seien, es hat einen Vorwand zum Vorrücken. Es würde für England schwierig sein, ein wildes Volk zu schützen. Wir halten es aber für besser, daß Rußland Garantien für die Zukunft verlangt und Khiva seine Unabhängigkeit beläßt. Wenn Rußland mit seiner Erklärung, daß es nur seine Handelsbeziehungen erweitern und nicht neue Eroberungen machen will, aufrichtig ist, so würde es leicht sein, die Beziehungen zwischen Rußland und den tartarischen Fürsten auf einer Grundlage zu regeln, welche Rußland schätzenswerthe Vortheile zuwenden würde, ohne die Eifersucht des Auslandes zu erwecken. Graf Schumaloff habe erklärt, der Zweck der Expedition sei, die in Gefangenschaft befindlichen Russen zu befreien; es bestehe keinerlei Absicht, das Land dauernd zu besetzen, noch auch, das Gebiet von Khiva an Rußland zu annectieren. „Wir hoffen,“ schließt die „Times,“ „daß Rußland, nachdem es seinen Zweck erreicht hat, wieder umkehren werde.“ — Der Kanzler der englischen Schatzkammer erklärte einer Deputation, welche um Aufhebung der Malzsteuer petitionierte, daß er das Ansuchen derselben ablehnen müsse, indem er hinzufügte, daß die Voraussetzungen von einem großen Ueberschusse des diesjährigen Budgets illusorisch seien.

Aus dem Vatican.

Se. Heiligkeit der Papst empfing am 12. d. M. mehrere Geistliche und Laien aus Deutschland. Der Präsident des deutschen Vereines in Rom, Waal, sprach eine Adresse in lateinischer Sprache, welche Glückwünsche zum neuen Jahre ausdrückte und weiters sagte: Die Verfolgung, welche sich bemüht, unseren Glauben zu zerstören, erhöht unseren Gehorjam und unsere Liebe gegen die Kirche und den Papst, den unfehlbaren Lehrer der Wahrheit. Indem die Söhne des Papstes diesen in großer Nothlage unerschütterlich sehen, fassen sie Muth, protestieren sie energisch gegen ungerechte Gesetze, verachten sie mit dem Papste das Treiben der Verleumder und zweifeln sie nicht an dem Siege. Die Adresse erfleht den päpstlichen Segen über alle Deutsche, auf daß ihr Glaube und ihre Religion gefestigt werden und auf daß sie in diesem Jahre die Kirche des deutschen Vaterlandes siegreich über ihre Feinde sehen mögen.

Der Papst antwortete: Mit solchem Geiste, Muth und Gottvertrauen kann man nicht fürchten, durch die Gewalt des Teufels besiegt zu werden. Derjenige, der für euch das Wort führte, sprach mit solcher Kraft und solchem Vertrauen auf den Sieg, daß auch wir der Hoffnung das Herz öffnen müssen. Der Papst erinnerte sodann an das Tagesevangelium, als Jesus in der Synagoge predigend wiedergesunden wurde, und fügte hinzu: „Auch ich, unwürdiger Statthalter Christi, möchte zu den Großen der Welt sagen: Si malo locutus sum, testimonium perhibeo de malo, si autem bene, cur me caedis? Wenn ich nur die Wahrheit gesagt habe, warum schlagt ihr mich, indem ihr die Orden aufhebt, das Kirchengut usurpiert und das nehmen wollt, was euch nicht gehört? Aber sie sind fähig Zeugen zu bringen, daß ich schlecht gesprochen habe.“

Jesus will, daß die Souveraine und Regierungen der Welt geachtet werden; aber er legt in ihre Hände Degen und Waffen, damit sie ihre Untertanen und die Religion beschützen. Das ist der Grund, warum Jesus die Mächtigen bewaffnete, und nicht, um die Kirche zu verfolgen. Ob die Mächtigen solche Beschützer sind, überlasse ich eurem Urtheile. Alle Welt weiß es, ich werde kein Wort weiter hinzufügen. Nicht genug an dem aber, wollen sie nicht allein alles Große in der Kirche, sondern auch in der Moral zerstören. Sie wollen den Unterricht in ihren Händen haben und daß die Jugend in ihrer Art belehrt werde. Jesus sagte aber nicht zu den Souveränen, sondern zu den Dienern der Kirche: „Ite, docete omnes gentes.“ Die Kirche hat ein geheiligtes Recht auf den Unterricht.

Der Papst gab schließlich der Deputation seinen Segen und ermuthigte sie, standhaft und beständig im Glauben zu verharren.

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser geruhten am 13. d. mittags Se. Exc. den Herrn Minister des k. Hauses und des auswärtigen Grafen Julius Andrássy, der einige Tage lang durch eine Grippe an das Haus gefesselt war, mit Allerhöchsthöchstem Besuche zu beglücken.

— (Japanesen in Wien.) Die japanesische Mission, welche unter der Führung des Unter-Staatssecretärs Tanaka eine Studienreise durch Europa unternimmt,

um die Bildungsanstalten der civilisirten Staaten kennen zu lernen, hat sich über die wiener Anstalten, namentlich auch im Hinblick auf die vorher von ihnen besuchten französischen, russischen und deutschen, ungemein anerkennend geäußert und die ihr seitens der Regierung bereitete Aufnahme und gewährte Anleitung dankend gerühmt. Unter-Staatssecretär Tanaka verläßt in einigen Tagen Wien, um über Italien in sein Vaterland zurückzukehren; seine Begleiter gehen theils nach Berlin, theils nach London zurück. Vor dem Scheiden von Wien hat die japanesische Mission dem Minister Dr. v. Stremaier ein Exemplar der Unter-richtsgesetze Japans und die photographischen Porträts der Missionsmitglieder mit einer auf der Rückseite geschriebenen Dedicatioon überreicht.

— (Das Zeichenbegängnis Napoleons III.) fand am 15. d. mittags statt. Die Menge verhielt sich schweigend und ohne Demonstration. Gegen 12.000 Zuschauer waren anwesend.

— (Zuckerproduction.) Im Monate October 1872 wurden in den im Reichsrathe vertretenen Ländern der österr. Monarchie 7.665.294 wiener Zentner Rüben zur Erzeugung von Zucker angemeldet und hiefür ein Steuerbetrag in der Gesamthöhe von 3.142.623 fl. vorgeschrieben. Von der obigen Rübenmenge entfallen 5.563.541 wr. Ztr. auf Böhmen, 1.496.043 Ztr. auf Mähren, 337.215 Ztr. auf Schlesien, 185.671 Ztr. auf Nieder-Oesterreich und 82.824 Ztr. auf Galizien. Was Zuckereport und Import der österreichisch-ungarischen Monarchie im selben Monate betrifft, so wurden in diesem Zeitraume 19.928 Zollzentner Raffinat und 59.144 Zollzentner Rohzucker exportirt und im ganzen nur 25 Ztr. Zucker importirt.

— (Zur Sicherheit der Reisenden) hat das königl. ungarische Ministerium des Innern mit der Staatsbahngesellschaft ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem zu jedem Personenzug Sicherheits-Organ als Begleitung beigegeben werden.

— (Waidmanns Heil.) Der preussische Fürst Lichnowsky ließ, wie das „Freemtbl.“ erzählt, dem „Sport“ am Sonntag ein Telegramm zukommen, wonach der Fürst tagsvorher in 192 Minuten 205 Hasen allein vor den Treibern geschossen hatte. Im Klub wurde dies Waidmannsthat verschiedentlich kritisiert und dagegen angeführt, daß der österreichische Vorkämpfer, Graf Karolyi, kürzlich auf seinen Jagden in Ungarn während fünf Stunden 700 Hasen mit eigener Hand erlegt haben soll. Immerhin erscheint aber doch die Strecke des Fürsten Lichnowsky nicht als gewöhnliches Vorkommnis.

Locales.

Der agrarische Congress

hielt am 13. d. in Wien seine zweite Sitzung. Wir haben aus den diesbezüglichen Verhandlungen die wichtigsten Punkte hervor: Graf Belrupt verliest eine Reihe von Specialanträgen betreffend: die Spiritusfabrication, die Vorkehrungen zur Ueberwachung des ländlichen Dienstbotenwesens, die Vertretung der landwirtschaftlichen Industrievereine im Agrarcongresse, Revision des Flußschutzgesetzes, die Gleichstellung der Kronländer bei Durchführung der Grundsteuerregelung, die Nothwendigkeit der Einführung von Thierärzten, Revision der Militärbequartierungs-Berordnungen und Flugregulierung zur Hintanhaltung von Ueberschwemmungen, Schaffung eines Sammelpunktes für die landwirtschaftlichen Gewerbe für die Weltausstellung, Herabsetzung der Platzmiete für landwirtschaftliche Pavillons am Ausstellungsplatze, Se. Excellenz Minister R. v. Chlumetzky entgegnete hierauf im wesentlichen: Das Ackerbauministerium habe stets seine Aufmerksamkeit dahin gelenkt, die landwirtschaftliche Entwicklung mit den wissenschaftlichen Erfahrungen und Forderungen in Einklang zu bringen, und es werde dem Ministerium stets vor Augen bleiben, daß das Endziel seiner Bestrebungen sein müsse, Gesetze zu schaffen, welche dieser Forderung gerecht werden. — Hierauf gelangt zur Verlesung der Bericht über die Fragen:

Was kann geschehen, um das landwirtschaftliche Meliorationswesen im weiteren Sinne (insbesondere Bes. und Entwässerung, Drainage, Umhygienisierung von Wirtshöfen u. s. w.) von technischer und finanzieller Seite den Verhältnissen der einzelnen Länder entsprechend zu fördern?

Empfiehl es sich insbesondere, Staatsvorschlüsse und unter welchen Bedingungen zu ertheilen, landwirtschaftliche Commissäre, Culturingenieure und Wiesenbaumeister anzustellen und eine bestimmte Form des speciellen Unterrichtes im landwirtschaftlichen Ingenieurwesen für verschiedene Stufen des Berufes zu adoptieren?

Der Bericht unterscheidet zwischen Meliorationen, welche ausschließlich einzelnen Besitzern zugutekommen, und solchen Meliorationen, welche überwiegend ein öffentliches Interesse berühren und in ihren Erfolgen auf die Hebung der Steuerkraft und des Wohlstandes eines ganzen Bezirkes oder Landes Einfluß nehmen.

Es wird sofort in die Specialdebatte des Sectionsberichtes eingegangen. Antrag a der ersten Abtheilung: „Anstellung von Culturingenieuren, beziehungsweise die Gewährung von Subventionen zur Entlohnung von einschlägigen Dienstleistungen von Privatingenieuren“ wird ohne Debatte angenommen. — Ueber Antrag b der Section: „Gewährung von Vorschläffen gegen Garantie der betreffenden Landwirtschafts-Gesellschaften und Rückzahlung in Annuitäten im Wege der Steuerämter“ wird der Antrag Bazaris angenommen, dahin lautend: „Der Congress

stellt an das k. k. Ackerbauministerium die Bitte, es möge die Gewährung von Vorschüssen unter Zagerenz der landwirthschaftlichen Gesellschaften mit möglichst billigen, die Rückzahlung erleichternden Modalitäten erwirkt werden.

Zu Sectionsantrag d: „Gewährung von Subventionen zur Veranlassung von Musterherstellungen und zur Bornaahme technischer Vorerhebungen über solche Meliorationen, welche Kleingrundbesitzer auszuführen beabsichtigen“...

Ein von Herrn Conrad eingebrachter Dringlichkeitsantrag betreffend die Wiedereinführung des Viehsalzes rief eine animierte Debatte hervor, dann wurde ein combinierter Antrag dahin lautend angenommen: „Es sei aus triftigen Gründen und im Interesse der Landwirtschaft dringend geboten, das Salzmonopol aufzugeben...“

(Die Leykam-Josefthaler Papierfabrik) spendete zur Anschaffung eines Mannschaftswagens für die laibacher freiwillige Feuerwehr den namhaften Betrag von 200 fl. — Frau Magdalena Günzler und Herr Andreas Sotraischeg sind mit je 5 fl. der Feuerwehr beigetreten.

(Spende.) Das Comité des krainischen Schulpfennigs übersandte über Anregung des Oberlehrers Herrn Parčič der Volkschule zu Groschlafitz 320 Stück Zeichnungsvorlagen zur Verteilung an arme Schulkinder.

(Das feierliche Leichenbegängnis) des k. k. pens. Subnialrathes Ludwig Reichsfreiherrn von Mac-Neben D'Kelly d'Aggrim fand gestern nachmittags um 4 Uhr statt. Dem Sarge folgten nebst den hinterlassenen leidtragenden Familiengliedern die Spitzen der hiesigen Civil- und Militärbehörden und Aemter, Vertreter des Gemeinderathes und Trauergäste aus allen Gesellschaftskreisen.

(Steiermärkische Escompte-Bank.) Heute findet im hiesigen Filiale der steiermärkischen Escomptebank eine Plenarversammlung des Comitées des Creditvereines statt, bei welcher die Gesuche der Creditwerber ihre Erledigung finden werden.

(Am nächsten Rindviehmarkte in Laibach) — 27. d. M. — sind Gesundheitscertificat mitzubringen.

(Das landtäfliche Gut Neumarkt), beziehungsweise dessen industrielle Gewerke und Waldungen gelangen dem Vernehmen nach aus dem bisherigen Besitz des Fürsten Sulkowski in jenen der krainischen Industriegesellschaft.

(Ausdehnung des Asseranzwesens.) Die k. k. priv. wechselseitige Brandschaden-Versicherungsgesellschaft für Steiermark, Kärnten und Krain eröffnet eine eigene Abtheilung für die Versicherung beweglicher Sachen (Maschinen, Waren, Fessungen u. a.), hält bereits 185.000 Objecte in Versicherung und nimmt die Versicherungsanträge auch im Comptoir der General-Repräsentanz in Laibach, alter Markt Nr. 48, entgegen.

(Die slovenische Bühne) bringt am Montag den 20. d. das Lustspiel „Der Universalerbe“, (ins Slovenische übersezt von Al. Škofec) und eine neue einaktige Operette „Der erwachte Löwe“ zur Aufführung.

(Slovenen in Paris.) Die in Paris derzeit befindlichen Slovenen feierten den Sylvesterabend mit Gesangs- und Declamationsproductionen.

(Theaterbericht vom 16. d.) Herr Karl W. Kott, erster Charakterkomiker des Theaters an der Wien, eröffnete heute als „Parapluiemacher-Knäpfl“ in Langens „Ein Judas von Anno Neun“ auf unserer Bühne sein Gastspiel. Der Künstler wurde vom vollen Hause freundlichst beifällig begrüßt. Der erste und zweite Akt gehören unstrittig ausschließlich der wiener Bühne an, es kann die darin vorkommende Handlung nur dann auf Erfolg Anspruch machen, wenn sie im wiener Dialekte und in der auf wiener Bühnen üblichen reichen splendiden Ausstattung in Szene geht.

(Aus dem Amtsblatte.) Rundmachungen betreffend 1. die Errichtung eines Postamtes in St. Marein; 2. den Bau einer Artilleriekaserne in Klagenfurt.

(Auf die „Wiener Weltausstellungs-Zeitung“) wollen wir die Industriellen, Land- und Forstwirthe, die Angehörigen der Gewerbs- und Handelswelt aufmerksam machen. Dieses mit Illustrationen reich ausgestattete Blatt erscheint wöchentlich zweimal und kostet mit Postversendung jährlich 20 fl.

(Das Zeitungsverzeichnis der Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler) ist soeben in 12. Auflage erschienen und gewährt durch sorgfältige Zusammenstellung von mehr als 5000 politischen Tagesblättern eine Uebersicht der Preisverhältnisse aller Länder. Die Angaben über Auflage, Zeitungspreise u. lassen an Genauigkeit nichts zu wünschen übrig und sind nicht allein für den die Publicität benutzenden Geschäftsmann, sondern für das gesammte Publicum von hohem Interesse.

Original-Correspondenz.

Aus Brunnorf. In der Nacht vom 15. auf den 16. d. brach hier im Hause der Witwe Zerovic vulgo Berh Feuer aus. Das Feuer ergriff auch die benachbarten zwei Häuser der beiden Jagar und zerstörte Gebäude sammt allen Habseligkeiten; nebstdem verbrannte eine Rupe. Den Anstrengungen der Anfassen unter Leitung des wackrigen Kaplans Stora gelang es, das bereits vom Brande ergriffene vierte Haus zu retten und dem gräßlichen Elemente Einhalt zu thun.

Neueste Post.

Wien, 15. Jänner. Die „Oesterr. Correspondenz“ meldet, daß der Kaiser und die Kaiserin sogleich nach Empfang der Nachricht vom Tode Napoleons den Botschafter in London beauftragten, der Kaiserin Eugenie ihr herzlichste Beileid auszudrücken.

Wien, 16. Jänner. Die „Wr. Corresp.“ meldet: Im vorgestrigen Ministerrathe wurde an dem Wahlreformentwurf die letzte Feile angelegt. Sowohl die Zahl der von den einzelnen Kronländern in den Reichsrath zu entsendenden Vertreter als die auf die einzelnen Gruppen zu entfallenden Ziffern wurden endgiltig festgestellt.

Paris, 15. Jänner. Das Preßbureau hat den Journalen verboten, von Napoleon IV. zu sprechen.

Rom, 16. Jänner. Der „Osservatore Romano“ sagt, die Katholiken können sich an dem Napoleonmonument nicht betheiligen, da Napoleon den gegenwärtigen Stand Italiens verursachte. Der Papst empfing das eine Adresse überreichende Pfarrecollegium von Rom und führte in der Antwort das Gleichniß der drei Versuchungen Jesu an. Als schlimmste Versuchung bezeichnete der Papst jene, welche unter Geldanerbietungen und Verheißungen der Ruhe und des Friedens ihm einen Vergleich anbieten.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 15. Jänner. Papier-Rente 66.70. — Silber-Rente 70.85. — 1860er Staats-Anlehen 103. — Bank-Actien 98.5. — Credit-Actien 325.25. — London 108.75. — Silber 106.75. — R. t. Münz-Ducaten —. — Napoleonsd'or 8.66.

Angekommene Fremde.

Am 15. Jänner. Hotel Elephant. Ruzička, Fabrikant, Seelavitz. — Baron Tauffer, Gutsbesitzer, Weizburg. — Golevar und Kroborec Stanjel. — Frey, Pajl, Rfm., und Figer, Pphylter, Wien. — Hauf, Larvis. — Popovic, Kärnten. — Haber, Forstmeister, Gotschee. — Biffani, und Diazzi, Triest. — Sorre mit Frau, Wippach. — Umet, Pfarrer, Belbes. — Lengyel, Getreidehändler, Kanijska. — Naberger, Gutsbesitzer, Profeto. — Ravnicher, Poitsch. — Hoffstätter, Dechant, Adelsberg. Hotel Stadt Wien. Kott, Schauspieler; Guttman und Huber, Akte, Wien. Hotel Europa. Figer mit Frau, Prag. — Raut, Pfarrer, Girkisch. — Leopold, Sissel. — Loop, Wien. — Bercovich, Triest. Bairischer Hof. Rubatscher, Boyen.

Theater.

Heute: Zweite Gastvorstellung des Herrn Carl R. Kott. Der Weineidbauer. Volksstück in 3 Akten, von L. Gruber.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Jänner, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Aussehen des Himmels, Niederschlag in Millimetern. Includes data for Jan 16 and 17.

Börsenbericht. Wien, 15. Jänner. Die Börse war ruhig und fest. Die Course der Hauptpapiere schwankten unbedeutend um die Ziffern gestriger Notierung, Anlagewerthe fanden flotten Absatz, Nebenwerthe und von ihnen besonders Bauwerthe hatten wieder starke Chancen.

Large table with multiple columns listing financial data: A. Allgemeine Staatsschuld für 100 fl., B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Andere öffentliche Anleihen, D. Actien von Bankinstituten, E. Actien von Transport-Unternehmungen, F. Pfandbriefe (für 100 fl.), G. Prioritätsobligationen, H. Wechsel (3 Monate), K. Course der Geldsorten.